



Zweiter Tag des Fünfzehnten Treffens
MC(15) Journal Nr. 2, Punkt 8 der Tagesordnung

BESCHLUSS Nr. 10/07
TOLERANZ UND NICHTDISKRIMINIERUNG:
FÖRDERUNG DER GEGENSEITIGEN ACHTUNG
UND DES VERSTÄNDNISSES FÜREINANDER

Der Ministerrat –

erneut erklärend, dass die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zum Kernbereich des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE gehören und dass Toleranz und Nichtdiskriminierung wichtige Elemente in der Förderung der Menschenrechte und demokratischen Werte sind,

bekräftigend, dass Äußerungen von Diskriminierung und Intoleranz die Sicherheit der Menschen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden, und erneut feststellend, dass sie Konflikt und Gewalt in größerem Umfang auslösen können,

besorgt über Hassdelikte in der gesamten OSZE-Region und in der Erkenntnis, dass zum wirksamen Vorgehen gegen solche Straftaten gemeinsam gehandelt werden muss, und Kenntnis nehmend vom Bericht des BDIMR über „Hassdelikte in der OSZE-Region – Zwischenfälle und Reaktionen“, der von den Teilnehmerstaaten in Auftrag gegeben wurde,

in Anerkennung der Rolle, die die nationalen Parlamente durch die Verabschiedung von Gesetzen gegen Hassdelikte und Diskriminierung und als Forum für die innerstaatliche Debatte spielen, sowie ferner in Anerkennung der Rolle, die die Parlamentarische Versammlung mit ihrer Aufklärungsarbeit über bestehende OSZE-Verpflichtungen im Bereich der Toleranz und Nichtdiskriminierung spielt,

unter besonderer Erwähnung der Arbeit der drei Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden in Unterstützung der OSZE-weiten Bemühungen zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung und in Erwartung der Schlussfolgerungen aus der in Absprache mit den Teilnehmerstaaten angestellten Untersuchung des Amtierenden Vorsitzenden,

unterstreichend, dass für die Auseinandersetzung mit von Intoleranz und Diskriminierung geprägten Handlungen in erster Linie die Teilnehmerstaaten, und zwar auch ihre politischen Vertreter, verantwortlich sind,

in Bekräftigung seiner Verpflichtung, das Bewusstsein für den Wert kultureller und religiöser Vielfalt als Quelle der gegenseitigen Bereicherung von Gesellschaften zu schärfen und die Bedeutung der Integration in Bezug auf kulturelle und religiöse Vielfalt als Schlüsselement zur Förderung gegenseitiger Achtung und des Verständnisses füreinander anzuerkennen,

in Anerkennung der wichtigen Rolle, die die Jugend bei der Förderung von gegenseitiger Achtung und des Verständnisses zwischen Kulturen und Religionen spielen kann, womit sie zur Förderung der Demokratie sowie der Menschenrechte und Grundfreiheiten beiträgt, und in diesem Zusammenhang Kenntnis nehmend von dem am 5. und 6. November 2007 in Madrid abgehaltenen Jugendforum,

in der Erkenntnis, dass Äußerungen von Intoleranz und Diskriminierung die Bemühungen um den Schutz der Rechte des Einzelnen, einschließlich Migranten, Flüchtlingen und Angehörigen nationaler Minderheiten sowie Staatenlosen, zunichtemachen können,

in Anerkennung der Bedeutung der Religions- und Glaubensfreiheit und der Erziehung zu Toleranz und Nichtdiskriminierung als Mittel zur Förderung der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander und in diesem Zusammenhang Kenntnis nehmend von der Präsentation der „Leitsätze von Toledo für die Lehre von Religion und Glauben an öffentlichen Schulen“,

erneut das Interesse der OSZE an der Initiative „Allianz der Zivilisationen“ erklärend, im Hinblick auf Überlegungen über einen geeigneten Beitrag der OSZE zur Implementierungsphase des Berichts der hochrangigen Gruppe,

Kenntnis nehmend von der Bestellung des Hohen Beauftragten der Vereinten Nationen für die Allianz der Zivilisationen und von seiner Präsentation des Implementierungsplans (2007–2009) auf der Ministertagung der Freundesgruppe im September 2007 in New York, sowie von dem bevorstehenden ersten Jährlichen Forum der Allianz im Januar 2008 in Madrid,

unter Hinweis auf die von früheren Ministerrattreffen eingegangenen OSZE-Verpflichtungen zur Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung und Kenntnis nehmend von den Ergebnissen der verschiedenen Konferenzen über Toleranz und Nichtdiskriminierung,

mit Dank Kenntnis nehmend von der OSZE-Konferenz auf hoher Ebene gegen Diskriminierung und für gegenseitige Achtung und Verständigung, die im Juni 2007 in Bukarest als Folgeveranstaltung der Konferenz von Córdoba 2005 über Antisemitismus und andere Formen der Intoleranz abgehalten wurde, und Kenntnis nehmend von der vom Amtierenden Vorsitzenden abgegebenen Erklärung von Bukarest,

ferner unter Hinweis auf die vom OSZE-Vorsitz im Oktober in Córdoba veranstaltete Konferenz über Intoleranz und Nichtdiskriminierung gegenüber Muslimen und Kenntnis nehmend von der „Erklärung von Córdoba des Vorsitzes über die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen“,

in Anerkennung der jeweils speziellen Ausprägung der verschiedenen Formen von Intoleranz, jedoch gleichzeitig feststellend, dass ein umfassender Ansatz und die Befassung mit Querschnittsfragen erforderlich sind, etwa in den Bereichen Gesetzgebung, Strafverfolgung, Datensammlung und Beobachtung von Hassdelikten, Bildung, Medien und konstruktiver öffentlicher Diskurs sowie Förderung des interkulturellen Dialogs, um wirksam gegen alle Formen von Diskriminierung vorgehen zu können, –

1. fordert von den politischen Vertretern, etwa auch den Parlamentariern, dass sie weitere Äußerungen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Diskriminierung und Intoleranz, sei es gegenüber Christen, Juden, Muslimen oder Gläubigen anderer Religionen, sowie gewalttätige Formen von Extremismus in Verbindung mit aggressivem Nationalismus und Neonazismus entschieden zurückweisen und verurteilen, wobei gleichzeitig die freie Meinungsäußerung gewahrt bleiben muss;
2. unterstreicht die nach wie vor gegebene Notwendigkeit, dass die Teilnehmerstaaten verlässliche Informationen und statistische Daten über Hassdelikte und durch Hass motivierte Zwischenfälle sammeln und führen, die zuständigen Strafverfolgungsbeamten schulen und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft verstärken;
3. ermutigt zur Förderung von Bildungsprogrammen in den Teilnehmerstaaten, um Jugendlichen den Wert der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses füreinander bewusst zu machen;
4. erklärt erneut seine Anerkennung für die wesentliche Rolle, die freie und unabhängige Medien in demokratischen Gesellschaften spielen können, und den großen Einfluss, den sie durch die Bekämpfung oder aber die Verstärkung von verzerrten Wahrnehmungen und Vorurteilen ausüben können, und ermutigt in diesem Sinne zur Annahme freiwilliger professioneller Standards durch Journalisten, zur Medienselbstkontrolle und anderen geeigneten Mechanismen, die für mehr Professionalität, größere Genauigkeit und verbesserte Einhaltung ethischer Standards durch Journalisten sorgen sollen;
5. fordert die Teilnehmerstaaten dazu auf, ihre Bemühungen im Vorgehen gegen die Anstiftung zu Gewalt und zu Hassdelikten, etwa auch im Internet, im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft zu verstärken und dabei das Recht auf freie Meinungsäußerung zu achten, und unterstreicht gleichzeitig, dass die vom Internet gebotenen Möglichkeiten zur Förderung der Demokratie-, Menschenrechts- und Toleranzerziehung voll ausgeschöpft werden sollten;
6. fordert ein verstärktes Eintreten für die Umsetzung des Aktionsplans zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet;
7. appelliert an die Teilnehmerstaaten, Migranten, die sich rechtmäßig in Gastländern aufhalten, sowie Angehörige nationaler Minderheiten, Staatenlose und Flüchtlinge vor Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und durch Intoleranz motivierten Gewalttaten zu schützen und nationale Strategien und Programme für die Integration rechtmäßiger Migranten auszuarbeiten oder zu verstärken, wozu auch die aktive Mitwirkung Letzterer erforderlich ist;
8. legt den Teilnehmerstaaten nahe, in ihrer Gesetzgebung, ihrer Politik und ihren Programmen bewährte Praktiken umzusetzen, die mithelfen, Gesellschaften zu fördern, in

denen niemand ausgeschlossen wird und die auf der Achtung von kultureller und religiöser Vielfalt, der Menschenrechte und demokratischer Grundsätze gründen;

9. sagt zu, für eine effiziente Weiterführung der bisher von den Teilnehmerstaaten und einschlägigen OSZE-Institutionen, insbesondere dem BDIMR durch sein Programm für Toleranz und Nichtdiskriminierung, im Rahmen ihrer Mandate geleisteten Arbeit zur Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung zu sorgen, wobei nachdrücklich darauf hingewiesen wird, dass die bestehenden OSZE-Verpflichtungen zur Vermeidung von Doppelgleisigkeit unter Berücksichtigung der Erfahrung und des Fachwissens anderer einschlägiger internationaler und regionaler Organisationen in diesem Bereich umzusetzen sind, und wird zukünftige Konferenzen auf politischer Ebene, möglicherweise in regelmäßigen Zeitabständen, mit Implementierungstreffen 2008 in Erwägung ziehen;

10. ermutigt zur Schaffung innerstaatlicher Institutionen oder Fachgremien durch die Teilnehmerstaaten, die dies noch nicht getan haben, um gegen Intoleranz und Diskriminierung vorzugehen, sowie zur Entwicklung und Umsetzung nationaler Strategien und Aktionspläne in diesem Bereich auf der Grundlage bestehender Verpflichtungen und unter Nutzung des Know-hows und der Unterstützung der einschlägigen OSZE-Institutionen und gegebenenfalls einschlägiger internationaler Organisationen;

11. beschließt, Überlegungen über einen geeigneten Beitrag der OSZE zur Implementierungsphase der Empfehlungen der hochrangigen Gruppe der Allianz der Zivilisationen unter Berücksichtigung des vom Hohen Beauftragten der Vereinten Nationen für die Allianz der Zivilisationen ausgearbeiteten Implementierungsplans anzustellen, und empfiehlt, dass der OSZE-Generalsekretär in Absprache mit dem Amtierenden Vorsitzenden am bevorstehenden ersten Jährlichen Forum der Allianz in Madrid teilnimmt und den Teilnehmerstaaten über dessen Ergebnisse Bericht erstattet.